

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ka 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rücklieferung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

Muna ausgeschlossen.

Madno, 16. Mai. Die heutige Madnoer „Svoboda“ bringt unter dem Titel „Zum Schutze der Integrität der kommunistischen Partei“ eine Erklärung der Leitung des zweiten Kreises der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, durch welche Abgeordneter Muna, die Senatoren Kucera und Prusa, das Mitglied der Landesvertretung Jiraba, der frühere Redakteur der „Svoboda“ Stukhava und deren Administrator Formanel aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen werden. Als Grund für den Ausschluss wird in dem Artikel wörtlich angeführt, daß die Genannten an die Herausgabe einer Kreiszeitschrift „Schutz der Freiheit“ gehen, die gegen die Partei geschrieben wird, daß sie Fraktionsstimmungen einberufen und immer neue Angriffe gegen die Partei organisieren.

Der Brand in Cleveland.

Bereits 116 Tote. — Lauter Gasvergiftungen.
Cleveland (Ohio), 16. Mai. Nach den allerletzten bekannt gewordenen Angaben ist die Zahl der Todesopfer der furchtbaren Krankenhausexplosionskatastrophe nunmehr bereits auf 116 gestiegen. Bei einer Reihe von lebend Geborgenen, die in andere Krankenhäuser transportiert wurden, besteht sehr wenig Aussicht, sie am Leben zu erhalten.

Die Feuerwehr hat festgestellt, daß die Explosion im Erdgeschoss des Krankenhauses erfolgte, wo Narkosegas aufbewahrt wurden. Die Intensität der Flammen wurde durch die Explosion mehrerer Sauerstoffbehälter verstärkt. Der städtische Arzt, der die Opfer untersucht hatte, teilte mit, daß auf Grund der Blutproben als Todesursache Einatmung von Blausäure oder Bromgas festgestellt worden sei. Die Untersuchung über die Ursache der Katastrophe hat ergeben, daß die feuerfeste Tür zu dem Königslaboratorium der Klinik nicht geschlossen gewesen war.

Prüfung des Schlußberichtes.

Die deutschen Vorbehalte auf eine diskutierbare Form gebracht.

Paris, 16. Mai. Die Agentur Havas berichtet, daß die Sachverständigen heute vormittag in privaten Besprechungen von Delegation zu Delegation die Prüfung des allgemeinen für die Regierungen bestimmten Berichtes des Sozialkampfs, der die Vorbehalte des Reichspräsidenten Dr. Schacht enthält, begonnen haben. Dieser Bericht ist heute vormittag durch eine Anzahl Einfügungen vervollständigt worden. Die Delegierten der Hauptgläubigermächte werden heute nachmittag gemeinsam den Bericht prüfen. Angesichts des Umfangs und der Bedeutung dieses Dokumentes werden zu seinem Studium wahrscheinlich mehrere Tage notwendig sein. Man sei, so heißt es in der Havasdepesche weiter, in Konferenzkreisen der Ansicht, daß der Bericht Stamp-Schacht eine ernstliche Verhandlungsgrundlage darstelle, da die Vorbehalte der deutschen Delegierten in eine Form gebracht seien, die ihre Besprechung durch die Gläubiger erlaube.

Nachmittags hielten die Experten eine Plenarsitzung ab, in der nach den Informationen der Agence Havas der englische Delegierte die Ergebnisse seiner Verhandlungen mit Doktor Schacht darlegte. Hierauf wurde die Debatte über die ersten deutschen Vorbehalte eröffnet, welche nach der Agence Havas folgende Punkte betreffen:

1. Die Möglichkeiten eines zweijährigen Moratoriums für den bedingten Teil der deutschen Schuld, nicht nur soweit es sich um den Transfer handelt, sondern auch was die Zahlungen in Mark betrifft.
2. Die Schlußklausel, die es Deutschland ermöglicht, den Rat der internationalen Bank anzurufen, falls sich Deutschland in finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet, welches seine Zahlungsfähigkeit fühlbar ändern.
3. Für die Wiederherstellung des Kredites des Deutschen Reiches sollte nach den deutschen Vorbehalten die Finanz- und Wirtschaftskontrolle des Dawesplanes aufgehoben werden. (Das Amt des Generalagenten für die Reparationsabteilungen; Staatseinnahmen, die eine Garantie für die Reparationszahlungen sind; Aufhebung der Aemter der ausländischen Agenten in deutschen Organisationen.)

Der Zeppelin kehrt um.

Wegen Störungen in den Maschinen.

Friedrichshafen, 16. Mai. Ein im Laufe des heutigen Abends von Bord des „Graf Zeppelin“ in die Verkleidung gelangter Funkpruch besagt, daß die Amerikafahrt vorläufig abgebrochen wurde, nachdem in der Maschinenanlage größere Störungen aufgetreten sind, die die Weiterfahrt nach Amerika gegenwärtig nicht ratsam erscheinen lassen. Dr. Eckener hat sich daher heute abends um 6 Uhr 35 nach einer Besprechung mit den Passagieren entschlossen, die Fahrt abzubrechen und nach Friedrichshafen zurückzukehren.

New York, 16. Mai. (Neuter.) Die Kolumbische Rundfunkgesellschaft erhielt von ihrem Vertreterstation am Bord des „Graf Zeppelin“ eine Nachricht, in der es heißt, daß drei Wo-

lore des Luftschiffes nicht funktionieren, so daß also die Rückkehr des Luftschiffes nach Deutschland nur langsam erfolgen kann.

Das Luftschiff war Donnerstag früh um 6 Uhr mit 10 Mann Besatzung und 18 Passagieren an Bord in Friedrichshafen zu seiner zweiten Amerikafahrt aufgestiegen. Gegen halb 8 Uhr erschien es über Basel, wo es infolge tiefliegender Wolken ziemlich weit heruntergehen mußte. Fünf Schweizer Flugzeuge gaben ihm bis zur französischen Grenze das Geleit. Ueber französischem Boden passierte das Luftschiff um 10 Uhr Lyon, um 11 Uhr 40 in geringer Höhe Nîmes. Um 14 Uhr 30 wurde es zuletzt über Barcelona gesichtet.

Systematische Mordheke.

Wie die blutrünstigen Meldungen der „Welt am Abend“ fabriziert wurden.

Berlin, 16. Mai. (Eigenbericht.) Ein interessanter Prozeß wurde heute vor dem Berliner Arbeitsgericht verhandelt. Der Redakteur Caro von der unter neutraler Flagge segelnden, in Wirklichkeit kommunist. „Welt am Abend“ hat den Verlag auf Weiterzahlung seines Gehaltes bis Ende dieses Jahres gellagt.

Caro war politischer Redakteur des Blattes, hatte aber am 6. Mai seine Tätigkeit mit der Begründung niedergelegt, daß die Politik des Blattes anlässlich der Meinungen eine grundlegende Wendung durchgemacht habe. Das Blatt habe seine Tonart auf das äußerste verschärft und es sei ihm zugemutet worden, in einer Richtung zu schreiben, die gesetzwidrig sei und die er als verbrecherisch empfand. Insbesondere durch die bewußt unwahre und irreführende Ueberschrift vom 30. April „Aufhebung des Demonstrationsverbotes“ habe

sich die Zeitung mitschuldig gemacht an der Untertreibung.

Ausschlaggebend seien schließlich die Ereignisse des 4. Mai gewesen. An diesem Tage habe die Parteileitung der SPD. in den Redaktionsbetrieb eingegriffen. In einer Sitzung des Zentralkomitees der SPD. seien die Ueberschriften für die nächste Ausgabe der „Welt am Abend“ beschlossen worden. Darauf habe Caro nach einer erregten Auseinandersetzung, in der er erklärt habe, daß er die verbrecherische Politik nicht mehr mitmache, seine Tätigkeit eingestellt.

Das Gericht beschloß, eine Anzahl von Zeugen zu laden, darunter den Leiter der politischen Polizei und den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Münzberg, den Hintermann der „Welt am Abend“.

Massiert euch mit Gummiknüppeln!

Die neueste kommunistische Parole — Patent Max Hölz.

Max Hölz, der sich seit seiner Annetierung durch die „Sozialfaschisten“, nämlich durch die Regierung Hermann Müller, bereits einige Male mit seinen SPD-Parteiengenossen verdrösch und zertracht hat, bildet nichtsdestoweniger immer noch das Schauffeld der deutschen Kommunisten und als der von linksradikalen Schmähdern und liberalen Zeitungsjungen verachtete „Revolutionär“ zieht er auf den Versammlungen der SPD. umher, dabei in seiner Weise die Thesen des 6. Weltkongresses auslegend. Aus Zahlen wird folgendes Stüffel von ihm gemeldet:

Der Vielbeschäftigte sprach in Dainichen in einer Wahlversammlung der SPD. Als er mit seinem Referat beginnen wollte, erblickte er plötzlich unter den Anwesenden einen Mann, der mit ihm im Zuge nach Dainichen gefahren war und sich während der Fahrt abfällig über die Kommunisten geäußert hatte.

Max Hölz stürzte sich auf den ahnungslosen Besucher, warf ihm höchst persönlich zum Saale hinaus und verabreichte ihn noch auf der Straße links und rechts ein paar Ohrfeigen.

Dann lehnte Hölz in den Saal zurück und sagte seine Rede fort, als wenn nichts gewesen wäre. Es geht doch nichts über kommunistische Erdmügelerei. Und Brügelmax, von dem der kommunistische Spitzenkandidat Max Spitz in verträumtem Kreise nicht anders als von einer „hysterischen Primadonna“ spricht, fungiert als tatkräftiger Hausfreund.

Liegt hier mehr im Sinne Trotskis eine „Entwicklung des Sozialismus von der Wis-

senchaft zur Tat“ vor, so versteht es andererseits Maxe doch auch, eine gut leninistische Analyse einer konkreten Situation zu geben und eine richtige Linie zu ziehen. In einer anderen Versammlung im Vogtland hat er nämlich, kommunistischen Zeitungsberichten zufolge, seinen ehrsüchtigen staunenden Hörrern erklärt:

„Euer Gehirn ist ranzig geworden, es stinkt schon. Ich habe in Karlsruhe Hieb bekommen mit dem Gummiknüppel von der Polizei. Das hat gut getan. Mein Gehirn ist schlüssiger geworden. Ich denke jetzt schneller. Wenn ihr euch von der Polizei nicht prägen lassen wollt, laßt euch einen Gummiknüppel, stellt euch vor den Spiegel hin und haut euch links und rechts in die Fresse, dann wird euer Gehirn schlüssiger und ihr werdet revolutionärer!“

Man urteile selbst: Was ist Engels gegen den?! Wo bleibt das kommunistische Manifest gegenüber dieser Sprachgewalt? Rebel war noch der reformistisch-sozialfaschistische Ansicht, daß die Hinten nicht schiefen, wenn die Köpfe denken. Hölz weiß, daß die Köpfe schneller denken, wenn sie mit dem Knüppel massiert werden.

Was ist's mit der hiesigen Stalinistiale? Ranziges Gehirn gibt es doch genug. Daß sie schon stinken, würde nicht nur der Hölz behaupten. Sie schlüssiger zu machen, haben wir jetzt das richtige Rezept kennen gelernt. Immer feste druff, liebevolle Stalinisten! Links und rechts ein in die Fresse, dann werdet ihr gleich revolutionärer werden!

Befehung Adolf Brauns.

Berlin, 16. Mai. (Eigenbericht.) Unter außerordentlich starker Beteiligung wurde heute Adolf Braun auf dem Friedhof in Friedrichshafen zur letzten Ruhe gebracht. Für die sozialdemokratische Partei Deutschlands hielt der Vorsitzende Welz einen ergreifenden Nachruf. Er wies insbesondere auf die Verdienste hin, die der Verstorbene sich erst um die österreichische und dann um die deutsche Arbeiterbewegung erworben hat. Die letzten Grüße der Sozialisti-

schen Arbeiter-Internationale und zugleich der österreichischen Sozialdemokratie überbrachte: uoße Fritz Adler. Er erinnerte daran, daß Adolf Braun auf dem Parteitag von Hainfeld eine Rede über die sozialen Reformen gehalten habe, in der die Linien der Entwicklung bis in unsere Gegenwart vorgezeichnet waren.

Adolf Braun hat seine letzte Ruhestätte neben den Gräbern von Liebknecht, Haase, Wolfenbühler und anderen Führern der deutschen Arbeiterbewegung erhalten.

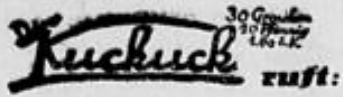
Spina und Manr-Harting erklären . . .

Wozu sie drei Jahre gebraucht haben.

In einer an das sogenannte Deutschpolitische Arbeitsamt, in Wirklichkeit an die deutsche Bevölkerung gerichteten Erklärung, haben die zwei deutschen Minister die für sie immerhin überraschende Feststellung gemacht, daß es in der Tschechoslowakischen Republik eine nationale Frage gibt, die nach zehn Jahren des Bestandes des Staates und trotz der bald drei Jahre dauernden Teilnahme dreier deutschbürgerlicher Parteien an der Regierungsmehrheit noch immer der Lösung harret. In der Erklärung wird gesagt, daß wenn beim Völkerverbund der Eindruck „entstanden sein sollte“, daß die Teilnahme dieser deutschen Parteien an der Regierung bereits eine Lösung der Minderheitenfrage im Staate bedeute, so sei dies nur auf unzureichende Informationen oder Mißverständnisse zurückzuführen, daher sei eine weitergehende Garantie des Minderheitenrechtsschutzes durch den Völkerverbund durchaus nicht überflüssig geworden und die deutschen Regierungsparteien ständen daher „voll und ganz“ hinter den durch den Nationalitätenkongreß dem bei der letzten Ratifizierung eingeleiteten Dreierkomitee des Völkerverbundes überreichten Verbesserungsvorschlägen für einen wirksameren Schutz der nationalen Minderheiten.

Warum diese Erklärung und warum gerade jetzt? Spina und Manr-Harting sitzen fast drei Jahre in der Regierung, sie haben während dieser ganzen Zeit wesentlich anders gesprochen. Man könnte wenigstens zwanzig ihrer Reden aus dieser Zeit zitieren, durch die jeder Nichtkenner unserer innerpolitischen Verhältnisse im In- und Auslande, darunter auch die Herren des Völkerverbundes, eben jene „mißverständliche Meinung“ von den nationalen Rechtsverhältnissen in der Tschechoslowakei empfangen mußte, die zu befeitigen sich die beiden deutschen Minister jetzt mit ihrer Erklärung bemühen. Um die falschen Meinungen beim Völkerverbund über den Stand des Minderheitenproblems bei uns zu berichtigen, dazu hätten die Herren Spina und Manr-Harting Zeit und Gelegenheit genug gehabt, doch sie haben das gerade Gegenteil getan, haben die tschechische offizielle und inoffizielle Auslandspropaganda, die unaufhörlich daran arbeitet, die Lage der nationalen Minderheiten und insbesondere die Lage der Deutschen im rosigsten Lichte erscheinen zu lassen, als freiwillige Helfer unterstützt und die von ihnen vorgenommene Befehung zweier Hautkneißel auf der Ministerbank an sich schon als einen hochbedeutenden Schritt zur Lösung der nationalen Frage hingestellt.

Warum also auf einmal diese Wendung um hundertachtzig Grade? Es sei zugegeben, daß für die Abgabe der Erklärung eine aktuelle Veranlassung besteht. Ueber das seinerzeitige Verlangen des deutschen Außenministers Stresemann, der die Unterstützung des tschechischen Vertreters beim Völkerverbund fand, hat dieser ein dreigliedriges Komitee, bestehend aus den Vertretern Japans, Englands und Spaniens, eingeleitet, welches die Anträge Deutschlands und Kanadas auf Verbesserung im Verfahren über Beschwerden der Minderheiten zu prüfen hat, wobei auch allen beteiligten Staaten das Recht eingeräumt wurde, ihre Stellung dem Komitee bekannt zu geben. Die Möglichkeit, daß der Völkerverbund dagegen einschreiten könnte, daß die durch die Friedensverträge den einzelnen alten und neuerschaffenen Staaten zugewiesenen nationalen Minderheiten weiterhin wie irgendwelche Kolonialvölker behandelt werden, hat natürlich alle Gegner einer gerechten Befehung des Minderheitenproblems auf die Beine gebracht. Augenscheinlich hat der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš hin und verfaßte eine Note an das Völkerverbundskomitee, deren Inhalt jeder, der Herrn Beneš und seine Politik kennt, sich leicht vorstellen kann und die — man kann tausendmal gegen eins wetten — eine Fortsetzung seines



Kr. 7 ist erschienen!

zähnen Kampfes gegen jede Erweiterung des...
weiß allerdings niemand, er hat sie auf eigene...
Kaufst verfiel, ohne der Regierung davon Mit-

Bei der bürgerlichen Publizistik, auch bei...
der sozialistischen oppositionellen, können sie, wie...
schon jetzt feststeht, auf Verständnis, Unterstüt-

me in der Finanzgesetz zu nennen. Den...
nationalen Minderheiten neue Fesseln zu...
schmieden, den Prager tschechischen Zentralis-

So leichten Kaufes sollen die Herren und...
ihre Parteien aber wahrhaftig nicht davon kom-

Und was am 1. August?! Friedensdemonstration oder bewaffneter Aufstand?

Die zwei Gesichter des Stalinismus.

Die Kommunisten rüsten nun zum...
1. August. Sie haben sich selbst diesen neuen...
„proletarischen Festtag“ geschaffen und wollen

„Die Kommunisten wollen angeblich...
in zwölf Wochen „mit mehrheitlich beschwei-

Warum soll am 1. August demonstriert werden?...
Darin! „Am 1. August fordern Moskauer...
Bürgerkriege, Blutvergießen und Pulver zu ver-

Nein! Die kommunistische Internationale...
hat am 1. August die Proletarier der ganzen...
Welt zu machtvollen Demonstrationen

Achtgeben, lieber Freund, die richtige...
Linie ist in Gefahr! Sie werden sich von...
Moskau etwas zuziehen mit solchem philiströ-

enführungen“. Gewiß, die besondere...
innerpolitische Lage war die, daß sich die Ge-

Dieses Spiel, das nicht wenig dazu beitrug...
daß beim Völkerverbundrate über die wirk-

Roten sollen auch einen Stoßtrupp zum Krieg...
gegen Rußland entdeckt, und endlich heißt es:

„Darum die Hege gegen die Anti-

Darum verliert der „Sozialdemo-

Wir sind also aus purer Angst vor einer...
Wiederholung des Roten Tages nervös gewor-

Nein, diese Vorstellung ist es nicht, die uns...
besorgt macht. Da hat die „Internationale“ schon

die Stimme der SPD! Im preussischen Land...

„Am 1. August werden in Berlin die Kommu-

Also nicht friedliche Demonstration, sondern...
wahrhaftig bewaffneter Auf-

„Freige, wie sie sind, haben die Kommunisten...

Die Kinder am 1. Mai in den Zügen voran-

verantwortlich gezeichnet vom Abg. Gohse. Hier...

Und Drügemüller rechnete mit den blutigen...

„Vergleichen Sie einmal mit diesen Ver-

Das nächste Blutbad wollen Sie am...

Die alte Sozialdemokratie hat den größten...

Aufbruch im Warenhaus.

Von Manfred Georg.

Er lehnte sich an die breite Gangtür des...
Eisenbahnwagens und zog das Fenster hoch, weil...

Brookers Brüt war von heftigen Klem-

Die Gegend draußen war wieder gebirgig...

„Wenn der Tunnel vorbei ist, werde ich es...

In schweren Stößen wurden die Wagen um...

delbruch. Vielleich, bloß verstauchte Glieder. Aber...

Aber der Tunnel ist ja gleich zu Ende. Be-

Brookers Rauchringe stiegen gleichmäßig in...

Da ist doch ein dunkler Spalt an der Seite!

Plötzlich war die Tür lautlos, wie von einer...

mit tobendem Krachen donnerte der Gegenzug...

Zwei Minuten später lag der Expres im...

Der kleine Dampf „Prince Jim“ begrüßte...

„Sie werden doch nicht ungefilmt Ihren...

Das Rededuell zwischen Mussolini und dem Papst.

Ist Mussolini der „Gottgesandte“ oder der „Teufel in Person?“

Mussolini hat kürzlich, damit über den Nutzen der Lateranverträge ja kein Zweifel bestehe, in seiner Kammerreden eine Rede gehalten, in der er sich mit dem Verhältnis von Staat und Kirche sehr ausführlich beschäftigte. Mussolini bestätigt in dieser Rede im Grunde die Auffassung, die wir vom ersten Augenblick an über das Konkordat hatten. Dem Papst wird im Rahmen eines Bispositates der Schein einer Souveränität gewährt und er stellt dafür die katholische Kirche in den Dienst des Faschismus. Der Vatikanische Staat sei, sagt Mussolini, so souverän und von Italien unabhängig, als ob er 1000 Kilometer und nicht fünf Minuten entfernt liege. (Praktisch hat natürlich diese Souveränität gar keinen Wert, weil der Staat nur auf dem Papier existiert.) Die Kirche dagegen sei etwas, was dem Staate Italien untergeordnet ist:

„Wohl gibt es zwei streng unterschiedene und gegenseitig vollkommen anerkannte Souveränitäten, aber innerhalb des Staates ist die Kirche nicht souverän und noch weniger frei, denn sie ist mit ihren Einrichtungen und mit ihren Leuten den allgemeinen Gesetzen des Staates unterworfen und sie muß sich auch an die Sonderbestimmungen des Konkordates halten.“

Deshalb kann man die Lage folgendermaßen charakterisieren: Souveräner Staat im Königreich Italien, katholische Kirche mit gewissen lokal und freiwillig anerkannten Vorrechten, freie Zulassung der übrigen Kulte.“

Mussolini ließ sich aber auch auf rein religionswissenschaftliche und kirchengeschichtliche Fragen ein. Man denke sich das Entsetzen des Vatikans über folgenden Ausspruch:

Mussolini verwies darauf, daß Italien das Sonderprivileg habe, die einzige europäische Nation zu sein, die der Sitz einer unüberwindlichen Religion sei. Diese Religion sei in Palästina geboren, katholisch sei sie aber in Rom geworden. Wenn sie in Palästina geblieben wäre, wäre sie wahrscheinlich eine von den zahlreichen Sekten geblieben, die in diesem Land emporstiegen. In Rom fand das Christentum einen günstigen Boden sowohl vom historischen als auch vom moralischen Standpunkt aus.“

Das ist ja im großen und ganzen richtig und kann geradezu als ein Rückfall Mussolinis in eine historisch-materialistische Geschichtsbetrachtung angesehen werden. Aber es bedeutet eine Ohrfeige für den Papst, eine Verhöhnung der Dogmen! Daß die Kirche in Palästina eine Sekte geblieben wäre, heißt natürlich, den göttlichen Ursprung des Katholizismus leugnen. Und das erlebt der Papst bei seinem Lieblingssohne!

Vor wenigen Wochen hat er, der unfehlbare Papst Pius XI., Mussolini den von Gott gesandten Befreier genannt. Und nun blamiert der Gottgesandte den Stellvertreter Gottes, indem er ihn mit freidenkerlichen Ansichten kommt!

Und Benito macht kein Geheimnis daraus, daß der ganze Katholizismus für ihn nur ein Hilfsmittel des Faschismus, eine Waffe des Staates sei. Er sagt:

„man werde nicht mehr den moralischen Charakter des faschistischen Staates leugnen dürfen, denn ohne ihn wäre der Staat eine elende Zahrt. Der faschistische Staat nehme durchaus seinen moralischen Charakter für sich in Anspruch. Er ist katholisch, aber er ist insbesondere seinem Wesen nach faschistisch.“

Scheidung der Bezirksbehörde ist die Berufung an die Landesbehörde und eventuell die Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht möglich. Alle Amtshandlungen und Urkunden zur Erlangung der Altersunterstützung sind steuerfrei. Die staatliche Altersunterstützung wird in monatlichen Vorauszahlungen vom Gemeindebezirk durch die staatlichen Steuerämter ausbezahlt. Wer auf die Unterstützung ab 1. Jänner 1929 Anspruch erhebt, muß das gehörig belegte Ansuchen bis spätestens 30. Juni l. J. beim Gemeindebeamten seines Wohnortes schriftlich überreichen oder mündlich vorbringen.

Die Gesuche sind mit folgenden Beilagen zu belegen: 1. Geburts- oder Taufschein; 2. Wohlverhaltenszeugnis; 3. Heimatschein; 4. Mittellosigkeitszeugnis von der Gemeinde, in welcher sich der Gesuchsteller aufhält und welches von der Heimatsgemeinde, dem Pfarramt, Bezirksgerichte und Steueramte zu beglaubigen ist; 5. ein ärztliches Zeugnis über die Arbeitsunfähigkeit zu jedem Berufe.

In der nachstehenden Tabelle wird eine übersichtliche Unterstützungsberechnung für die ältesten Personen angeführt.

Für eine Person:		Für zwei Personen:	
in den Gemeinden mit einer Einwohnerzahl	Staatliche Unterstützung für 1 Person	in den Gemeinden mit einer Einwohnerzahl	Staatliche Unterstützung für 2 Personen
bis 2.000	500.—	bis 2.000	600.—
bis 50.000	500.—	bis 50.000	600.—
über 50.000	500.—	über 50.000	600.—

Siehe die Geschichte der Wahlrechtskämpfe oder den Bericht über die imposanten Kundgebungen am 18. März 1928. Selbst unter dem Sozialistengesetz auf dem Parteitag in St. Gallen hat Wilhelm Liebknecht die Gewalttätigkeit ausdrücklich als gegen das Gefühl der Masse verstoßend, abgelehnt; nur Narren gingen mit dem Kopf durch die Wand. Wir sind heute wie stets revolutionär, weil wir die kapitalistische Produktionsweise grundtätig ändern wollen. Aber wir haben nicht Lust, durch brutale Gewalttätigkeiten den Klassengegnern des Proletariats in die Hände zu arbeiten.

Die kommunistische Partei ist weit davon entfernt, durch diese Methoden den Befreiungskampf des Proletariats irgendwie zu fördern. Ihr Kinderfeldzug — sie hatten ja schon am vorigen 1. Mai die Kinder dreifach, in den Umarmungen der Gewerkschaften auf die Sozialdemokratie zu schimpfen — erweckt in uns nur ein Gefühl tiefer Verachtung. Seien Sie doch hübsch still, Sie mögen sich durch Ihre Feigheit dem deutschen Richter entziehen lassen, aber Moskau wird urteilen. Vielleicht sind Sie nach vier Wochen schon so tot, wie andere kommunistische Führer vor Ihnen, die ebenfalls das Proletariat in die Irre geleitet haben.“

Die Verlorenung der „Heberalterten“.

Am 1. Jänner l. J. ist das Gesetz über die staatliche Altersunterstützung, Zsg. Nr. 43/1929, in Wirksamkeit getreten. Das Gesetz enthält in 14 Paragraphen die Bestimmungen über die staatliche Altersverlorenung der sogenannten Heberalterten Personen. Die Unterstützung kann nur über Ansuchen gewährt werden und es besteht kein Rechtsanspruch auf dieselbe. Daher ist es notwendig, daß sich die für die Altersunterstützung in Frage kommenden Personen und unsere Organisationen, vor allem die „Arbeiterfürsorge“ um die Anmeldung der Heberalterten kümmern und die Gemeinden veranlassen, den Gesuchstellern entgegenzukommen, soweit dies möglich ist.

Anspruch auf die staatliche Unterstützung kann jedem tschechoslowakischen Staatsbürger zugesprochen werden, wenn er am 1. Juli 1923 das sechzigste Lebensjahr erreicht oder überschritten hat, und zwar ab Vollendung des fünfundsiebzigsten Lebensjahres, wenn er a) nach der Beschaffenheit seines Lebensberufes an den Renten der Sozialversicherungsgesetze (Zsg. Nr. 221/1924 und Nr. 148/1925) teilnehmen würde,

- b) mittellos und erwerbsunfähig ist,
- c) nicht der Trunksucht erlegen, als Landstreicher oder Arbeitsloser angesehen wird,
- d) nicht mittels eines rechtskräftigen strafrechtlichen Urteils wegen einer strafbaren, mit dem Verlust des Gemeindevahlrechtes oder der bürgerlichen Ehrenrechte verbundenen Handlung verurteilt wurde und dieser Rechtsverlust noch nicht aufgehört hat.

Jenen tschechoslowakischen Staatsbürgern, die im Ausland leben, kann in besonders begründeten Fällen mit Bewilligung des Finanz- und Fürsorgeministers die Altersunterstützung unter den gleichen Bedingungen gewährt werden. Ausländer können im Inlande der Unterstützung nur im Falle der Reziprozität teilhaftig werden.

Der Staatsbeitrag beträgt pro Person 500 K jährlich. Der Beitrag erwidrigt sich bei zwei im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen auf je 300 K pro Person. Sind die Gesuchsteller dauernd derart hilflos, daß sie ständig der Hilfe, Pflege und Wartung durch andere Personen bedürfen, verbleiben ihnen die 500 K. Jede wie immer geartete Verlorenung, die der Gesuchsteller in Geld oder Naturalleistungen erhält, wird, soweit sie auf einem Rechtstitel beruht, also nicht ein Geschenk oder eine Gnadengabe darstellt, die von Fall zu Fall gegeben wird, auf die staatliche Altersunterstützung angerechnet. Alle über 65 Jahre alten Personen werden also vom Staate nichts erhalten, wenn ihnen die Heimatsgemeinde mindestens 500 K Altersunterstützung jährlich zahlt. Erhalten sie nicht 500 K jährlich, so zahlt ihnen der Staat nur die Differenz. Dasselbe gilt für diejenigen, die eine Pension oder ein Ausgehende beziehen, ganz gleichgültig ob die Unterstützung in Geld oder Naturalleistungen (Kost, Kleidung, Wohnung, Beheizung usw.) besteht.

Zur staatlichen Altersunterstützung muß die Wohngemeinde einen Nachschuß leisten, der bei Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern 20 Prozent, bei Gemeinden mit mehr als 2000 bis 50.000 Einwohnern 15 Prozent und bei Gemeinden bis höchstens 2000 Einwohnern 10 Prozent beträgt.

Die Gesuche um Gewährung der staatlichen Altersunterstützung sind mündlich oder schriftlich unter Vorlage der Dokumente, welche die Personaldaten feststellen, beim Gemeindebeamten des Wohnortes einzubringen. Die Gemeinden sind bereits im Besitze einheitlicher Formulare, in welche die notwendigen Eintragungen erfolgen. Die Wohngemeinde ist verpflichtet, die Aushändigung der Heimatsgemeinde zu dem Ansuchen einzuhalten und die Gesuche gehörig belegt an die Bezirksbehörde zu leiten, die als erste Instanz zu entscheiden hat. Das Gemeindeamt des Wohnortes hat in jedem einzelnen Falle zu bestätigen, daß die Bedingungen des § 1 des Gesetzes erfüllt sind und keine Ausschließungsgründe vorliegen oder aber die Gründe anzuführen, die zu einer ablehnenden Aushändigung führen. Gegen die Ent-

Der Katholizismus vervollständigte ihn.“

Am Vatikan herrschte Bestürzung. Das offizielle Blatt des Papstes, das Osservatore Romano, mußte feststellen, daß die Ausführungen Mussolinis mit den Ansichten der Kirche nicht übereinstimmen, daß aber der Papst mit einem Laien nicht über theologische Fragen diskutieren könne. — Man stelle sich nur vor, ein demokratischer Ministerpräsident hätte sich so ausgelassen! Welcher Blitzstrahl hätte ihn ereilt!

Aber auch Pio selbst mußte zur Wiederherstellung seiner lächerlich gemachten Heiligkeit das Wort ergreifen. Er benützte eine Ansprache an die Schüler des Jesuitengymnasiums von Mandrogno, um besonders gegen Mussolinis Behauptung, die faschistische Jugend müsse im faschistischen Sinne erzogen werden, zu polemisieren. Der Papst sagte im Wesentlichen:

„Der Staat darf sich nicht an der Erziehung desinteressieren, sondern muß sie unterstützen in allen Dingen, die die Familie und das Individuum aus sich heraus nicht machen können, und dabei das göttliche Recht der Kirche achten. In gewisser Weise könne man sagen, daß der Staat berufen ist, das Erziehungswerk der Familie und der Kirche zu vollenden, weil der Staat mehr als irgendjemand die Mittel hat, die zu seiner Verfügung gestellt werden für die Bedürfnisse aller, und es ist gerecht, daß er diese Mittel anwende zum Vorteile derjenigen, von denen sie stammen.“

Den werden nicht sagen, daß es für den Staat notwendig oder opportun ist, daß er zur Erziehung erzucht, denn was ein Staat macht, können alle Staaten machen, und wenn dann alle Staaten zur Erziehung erzucht, was würde dann geschehen? Auf diese Weise würde man nicht dem allgemeinen Frieden dienen, sondern eher zum allgemeinen Krieg aufmuntern.

Wir werden unaniemals in einem Punkt einigen können, nämlich, wenn das Recht, das die Natur und Gott der Familie und der Kirche auf dem Gebiete des Erziehungswesens gegeben hat, verläumern lassen oder wegnehmen will. Wenn es einen Punkt gibt, so ist es dieser, in welchem wir intransigent sind und sein werden. Ich werde stets intransigent bleiben, wenn es sich darum handelt, eine Seele zu retten.

Ich würde den Mut finden, selbst mit dem Teufel in Person zu verhandeln.

Die Anspielung auf Mussolini ist nicht zu verkennen, sie macht aber den „Heiligen Vater“ noch lächerlicher. Kennt er nicht denselben Mann, den er in seiner Unfehlbarkeit vor wenigen Wochen einen Gesandten Gottes genannt hat, heute einen Teufel? Und wo bleibt seine Heiligkeit und Reinheit, wenn er sich nicht scheut, sich mit dem Teufel selbst zu unterhalten? Die Blamage der Kirche ist offensichtlich, es ist eine der größten, die sie je erlitten hat.

Man sein, daß der Papst aufgehört hat, der Gefangene im Vatikan zu sein (der er in seiner Einbildung war), dafür ist die ganze Kirche der Gefangene des Faschismus geworden. Mit den Phrasen vom Naturrecht und vom göttlichen Recht wird Pius dem Recht des Stärkeren nicht beugen. Er hat sich und die Kirche ihm ausgeliefert. Nun muß er wohl oder übel zugucken, daß die Kirche eine Nebenorganisation des Faschismus wird.

Für eine Besserstellung der Gerichtsangestellten.

Ein Antrag des Genossen Senator Dr. Keller.

Das Gehaltsgesetz aus dem Jahre 1926 hat den staatlichen Angestellten keine Verbesserung gebracht, sondern es hat im Gegenteil den weitaus größten Teil mancher Vorteile des alten Gehaltsgesetzes beraubt, seine materielle Lage verschlechtert und den meisten Staatsangestellten auch jede Aussicht auf einen Aufstieg genommen. Was durch das Gehaltsgesetz begonnen wurde, hat die Systemisierung vollendet. Seither sind durch die Bürgerblockpolitik die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung unerträglich hinaufgetrieben worden, ohne daß der Staat daran geschritten wäre, durch eine Neuregelung der Bezüge für seine Angestellten einen Ausgleich zu schaffen, wie ihn die Staatsbeamten seit langem fordern.

Unter diesen Umständen ist es notwendig, wenigstens für solche Kategorien der Staatsangestellten, welche am bedürftigsten sind, eine Zwischenregelung vorzunehmen. Diese Notwendigkeit ist bei den bei Gericht angestellten Personen gegeben. Die Krise des Richterstandes ist in der Öffentlichkeit heute bekannt, die Notwendigkeit, Abhilfe zu schaffen, wird auch von den Regierungsparteien zugegeben. Was für die Richter gilt, trifft aber, wie die Erörterung der Verhältnisse im Gerichtswesen gezeigt hat, auch auf alle bei den Gerichten angestellten Personen zu.

Genosse Senator Dr. Keller hat daher im Senat einen Antrag auf Novellierung des Gesetzes vom 24. Juni 1926 eingebracht, welcher insbesondere folgende Erhöhungen der

Reichstagung der Sozialdemokratischen Gemeindevertreter.

Der Gemeindeberatungsausschuß beruft im Einvernehmen mit dem Parteivorstand für Donnerstag, den 30. Mai 1929, um halb 9 Uhr vormittags, in den „Reichenberger Hof“ in Reichenberg, eine Reichstagung sozialdemokratischer Gemeindevertreter ein.

- Tagesordnung:**
1. Die Auswirkung des Gemeindefinanzgesetzes und des Gesetzes über die Reform der Organisation der öffentlichen Verwaltung. Referent: Landesausschuhmitglied Genosse Bruno Grund.
 2. Tätigkeitsbericht. Referent: Vizebürgermeister Genosse L. Böhl.
 3. Verschiedenes.

An dieser Konferenz haben alle sozialdemokratischen Delegierten zur Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper teilzunehmen. Außerdem werden alle Kreis-, Bezirks- und Lokalorganisationen ersucht, dafür zu sorgen, daß wenigstens ein Delegierter bei dieser Reichstagung anwesend ist.

Für den Parteivorstand der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik:

Dr. Ludwig Czech.
Für den Gemeindeberatungsausschuß:
Genosse Böhl.

Bezüge der Angestellten bei den Gerichten verlangsamt:

Gehalt der Beamten in der Besoldungsgruppe 7 von 12.500 K (Stufe a) bis 21.500 K (Stufe f), in der Besoldungsgruppe 6 von 17.200 K (Stufe a) bis 26.200 K (Stufe f), in der Besoldungsgruppe 5 von 23.800 K (Stufe a) bis 34.600 K (Stufe e) und in der Besoldungsgruppe 4 von 31.600 K (Stufe a) bis 41.000 K (Stufe d). Ferner eine 15prozentige Erhöhung der Aktivitätsgebühr und die Erhöhung des Erziehungsbeitrages auf 2000 K (bzw. 3200 K bei mehreren unverheirateten Kindern).

Gehalt der Angestellten in der Besoldungsgruppe 1 in 10 Gehaltsstufen ansteigend von 7400 bis 17.300 K, in der Gruppe 2 von 7400 bis 15.000 K und in der Gruppe 3 von 7000 bis 14.200 K. Für die Kanzleihilfskräfte in den Besoldungsgruppen 1 und 2 von 7500 K ansteigend bis 19.200 K, bzw. 16.500 K, in der Besoldungsgruppe 3 von 7000 K bis 13.300 K.

Für beide Kategorien wird eine Aktivitätsgebühr in den Ortsklassen A bis D von 3600 K, bzw. 3000, 2400 und 2000 K beantragt, als Erziehungsbeitrag 1500 K, bzw. 2700 K. Das Entgelt der Hilfsangestellten wird mit 800 K monatlich, mit einer Steigerung um 45 K monatlich, beantragt, der Erziehungsbeitrag in der für die Angestellten verlangten Höhe.

An der Begründung des Antrages heißt es zum Schluß, daß er den Zweck verfolgt, in Anbetracht der Dringlichkeit eine sofortige Regelung der Bezüge der Gerichtsangestellten herbeizuführen, ohne den Grundsat zu verlassen, daß es notwendig ist, Gehaltsgesetz und Systemisierung für alle Staatsangestellten durchgreifend zu ändern.

Bürokratenwillkür im Sultschiner Ländchen.

Zum Spazierengehen braucht man eine Bewilligung.

Die Bürokratie behandelt das Sultschiner Ländchen wie eine Kolonie, in der die Beamten frei schalten und walten können. Schon bei der vorjährigen Maiwanderung der dortigen Arbeiter-Turnvereine wurden unsere Genossen von der Gendarmerie ganz überflüssiger Weise festgehalten. Um ähnliche Vorfälle im heurigen Jahr zu verhindern, hatten unsere Genossen am 25. April eine Eingabe an die Bezirkshauptmannschaft gemacht, um es unseren Turnern möglich zu machen, am Sultschiner Ringplatz zu turnen. Wie erwartet, kam am 30. April der Bescheid, daß mit Rücksicht auf die Maiumzüge die Bewilligung nicht erteilt werden könne, dagegen wird gnädigst — eine Maiwanderung gestattet. Die Sultschiner Behörde scheint zu glauben, daß man zum Spazierengehen eine besondere Bewilligung brauche. Unsere Genossen suchten nochmals wegen des Turnens am Ringplatz an einem anderen Tage an, aber auch dies wurde nicht gestattet und zwar mit Rücksicht auf den Verkehr. Wenn der Töfol oder der Dref angeht hätte, dann hätte sich der Herr Bezirkshauptmann nicht getraut, ein öffentliches Turnen zu verbieten. Unsere Turner und Turnerinnen ließen sich aber trotzdem nicht abhalten und zogen am 12. Mai aus allen Ecken der Umgebung nach Sultschin. Es war ein imposanter Zug von etwa 500 Menschen, der in Sultschin von unseren dortigen Genossen herzlich begrüßt wurde, worauf Genosse Kutschka in einer kurzen Antwort das Verbot der Sultschiner Bezirkshauptmannschaft, betreffend das Turnen auf dem Ringplatz, entsprechend charakterisierte. Der Herr Bezirkshauptmann wird schon die Erfahrung machen, die viele seiner Vorgänger im kaiserlichen Österreich gemacht haben, daß man mit Verböten die sozialdemokratische Bewegung nicht eindämmen kann.

„Darf ich meine Frau töten?“

In Straßburg hat sich ein Drama abgepielt, das unter ganz eigenartigen Umständen vor sich gegangen ist. Der Polizeikommissar Bruneteau hatte in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch Bereitschaftsdienst in seinem Revier, als er gegen 10 Uhr abends plötzlich zum Telefon gebeten wurde. Die Nachricht von irgend-einer belanglosen Kauferei oder sonst eine Dienst-meldung erwartend, ergriff er den Hörer und kam dann vor Staunen in einen zum Glück bereit-sichenden Stuhl. „Darf ich meine Frau töten?“ fragte nämlich eine erregte Stimme durch den Apparat.

„Wer spricht, was machen Sie für dumme Scherze?“ war die unvorsichtige Entgegnung des Beamten. „Herr Polizeikommissar, hier spricht Kreutler, Sie kennen mich doch, und ich frage Sie im vollen Ernst, ob ich meine Frau, die mich seit einigen Minuten mit einem Säbel bedroht, töten darf...?“

Nun war der Beamte allerdings rasch im Bilde. Der Fragesteller und seine Eheverhältnisse waren der Polizei in den letzten Jahren nur zu gut bekannt geworden. Kreutler hatte vor drei Jahren eine Liebesheirat geschlossen, aber die Honigmonde dieses Ehebandes waren rasch verfliegen, die Ehe war bald in Brüche gegangen, und wenn die beiden Ehegatten noch zusammen lebten, so war es nur, um einen äußeren Schein zu wahren. Es kam zu immer heftigeren Streitigkeiten, die bald auch bei der Polizei endigten und Polizeikommissar Bruneteau hatte bereits wiederholt eingreifen müssen.

„Es ist wohl am besten, Sie verlassen für einige Stunden das Haus, bis Ihre Gattin sich wieder beruhigt hat,“ war daher der Rat, den er dem Fragesteller durch das Telefon geben konnte. Dann schien die Verbindung getrennt.

Aber schon nach einigen Minuten läutete es wieder, und diesmal sprach eine gedrohene Stimme: „Es ist alles vorbei, ich habe meine Frau erschossen, kommen Sie sofort her!“

Nach dem Geständnis des Mörders hatten sich die letzten Ereignisse etwa so abgespielt: Seine Frau war, wie schon wiederholt, durch einige Tage vom Hause entfernt geblieben und hatte diesmal auch das erst einige Monate alte Baby des Ehepaares mit sich genommen. Da der Mann wußte, daß seine Frau sich mit anderen Männern während ihrer Ausflüge herumtrieb, kam es nach ihrer Heimkehr zu einem furchterlichen Streit. Die Frau hielt während dieses Wortwechsels ständig ihr Kind im Arm, als sie aber auf die Argumente ihres Gatten keine Erwiderung mehr wußte, griff sie nach einem Revolver, der an der Wand hing, und drang mit dieser Waffe auf ihren Gatten ein. Dieser, ein schwächlicher Mensch, lief in sein Zimmer, das er verriegelte und versuchte dann die Polizei zu erreichen. Inzwischen gelang es aber seiner Frau, die Tür zu erzwingen, und nun gab Kreutler, der in den paar Minuten des Alleinseins seinen Revolver hervorgeholt hatte, einen Schuß auf die Frau ab. Noch immer mit dem Kinde auf dem Arm, das wunderbarerweise unverletzt blieb, fiel die Mutter mit einem Kopfschuß bewußtlos zu Boden. Noch während der Nacht wurde Kreutler, der wie ein Geis schien, ins Gefängnis abgeführt, zur gleichen Stunde, als der Leichenwagen seine Frau forttrug.

Technischer Fortschritt und Fünftagewoche

Daß der Motor in allen kultivierten Ländern des gesamten Erdballes die höchste Entwicklung erfahren und das gesamte gegenwärtige Leben vollständig beherrscht, wird kein orientierter Mensch, ob Sachmann oder Laie, bestreiten. Umfer kulturreiches Leben wird weitgehend von der mechanischen Energie der Maschine — des Motors — bestimmt. Das kulturelle Lebensniveau aller zivilisierten Nationen ist davon abhängig, inwiefern man in der Lage ist, die Maschine für die Volkswirtschaft genügend auszuwerten. Die Höchsentwicklung der Technik ist daher nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein Gesellschaftsproblem.

Tatsächlich ist heute der Motor — Elektromotor wie Explosionsmotor — eine der Haupttriebkraft, die Menschennarbeit mechanisiert. Der Motor beherrscht die Straße, die Bahnen, bewegt das Schiff, fliegt in der Luft, erzeugt harmonische Musik und verrichtet tausenderlei Arbeit in den Fabriken, auf Wiesen und Ackerland. Er arbeitet oft allein, ohne led: Aufsicht. Doch viele Arbeiter müssen ruhen — unfreiwillig feiern — der Motor nimmt ihnen die Existenz, das Brot, weil er viele Arbeiter erlegt sie überflüssig und brotlos macht. Ist das Fortschritt?

Und da ist die Frage berechtigt: Was kann die moderne Arbeiterschaft (die Menschheit überhaupt) von diesem Hülfsmittel der Volkswirtschaft, das deren Seele ist, erwarten? Die Maschine kann ihre hohe Stellung nicht behalten, wenn es ihr nicht gelingt, der großen Masse der Menschheit Erleichterung von ihrem Los zu bringen. Ja, sie kann zum Fluch werden, wenn sie lediglich Arbeitskräfte freisetzt und sie ihrem harten Schicksal überläßt.

Die Entwicklung der Technik hat gerade in den letzten Jahrzehnten ungeahnte Dimensionen angenommen. Professor Pirich hat recht, wenn er in seiner Broschüre „Neues Werden in der menschlichen Gesellschaft“ die Behauptung aufstellt:

„Die drei bis vier Generationen, die seit hunderten Jahren über diese Erde gegangen sind, seitdem Stephansons erste Lokomotive über eiserne Schienen pfliff, haben mehr als Kapitalwerte neu geschaffen, mehr Arbeitsmittel, mehr Kräfte, mehr Arbeitsprodukt in den Dienst der Menschheit gestellt, als die ganzen 57 Generationen, die vorher seit Christi Geburt auf Erden gewandelt haben.“

Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß in den nächsten Jahrzehnten die technische Entwicklung das Tempo der letzten Jahrzehnte womöglich noch

Die Sprache der Ameisen.

Von Dozent Oswald Schild.

Über das Mittelungsvermögen der Insekten sind in den letzten Jahren grundlegende Forschungen angestellt worden. Ein besonders interessantes Kapitel darin stellt die

„Sprache der Ameisen“

dar, die natürlich nicht mit der menschlichen Lautsprache verglichen werden kann, da den Insekten die höheren geistigen Fähigkeiten abgehen, die für das Zustandekommen und die Ausbildung einer solchen Sprache notwendig sind. Vielmehr handelt es sich um eine instinktive

Zeichensprache,

die hauptsächlich auf den Trieb zurückgeht, die eigenen Gefühlszustände und Bewegungsimpulse auf andere Individuen der sozialen Gemeinschaft zu übertragen. Eingehende Beobachtungen und Versuche über die Ameisensprache hat Eidmann angestellt, über deren Ergebnisse hier kurz berichtet werden soll.

In seinen Untersuchungen beschränkte er sich darauf, die Verständigung der Ameisen über eine neu entdeckte Nahrungsquelle zu ergründen. Wird ein Nahrungsstück, etwa ein totes Insekt, in der Nähe eines Ameisenhestes ausgelegt, so wird ziemlich bald eine der umherstreifenden Ameisen das Beutestück finden. Zunächst betastet sie den Fund und versucht, ihn fortzuschleppen. Gelingen ihr diese Bemühungen, so kehrt sie nach kürzerer oder längerer Zeit ins Nest zurück mit der Beute, wobei sie noch durch andere Ameisen, die sie unterwegs trifft, Unterstützung findet. Wird aber das Futterstück so schwer und groß gewählt, daß die Findameise allein nicht imstande ist, es vom Platz zu bewegen, so wird sie sich zunächst längere Zeit vergebens bemühen, die Beute fortzuschleppen. Hat sie endlich die Unmöglichkeit ihres Beginnes erkannt, so kehrt sie auf dem raschesten Wege zum Nest zurück und unterrichtet die anderen Ameisen von ihrer Entdeckung. Eidmann kennzeichnete die Findameise durch einen Farbstich, um ihr Benehmen im Gewühl der anderen Nestinsassen genau feststellen zu können. Sie läuft im Nest aufgeregt herum und

freugt mit anderen Ameisen die Fühler.

Die Benachrichtigten streben sofort zum Nestansgang und folgen der Finderin auf dem Fuße, oft sogar in direktem Fühlerkontakt mit ihr. Häufig kann man einen ganzen Zug von zwei bis drei Ameisen verfolgen, die der Finderin anhängen und alle Krümmungen des Weges genau mitmachen. Nicht selten genügt der erste Alarm noch nicht, und die Finderin kehrt abermals ins Nest zurück und holt neue Hilfe. Stets erfolgt der Alarm mit den Füh-

lertreff und das Ausmaß der Produktivität ins Ungemessene wachsen läßt. Soll diese Entwicklung nicht zum Fluch der Menschheit werden, dann muß ihr die Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Fuße folgen, und gerade die Gewerkschaften sind dazu berufen, diese Frage energisch zu verfolgen. Die rapide Bevölkerungszunahme der Technik darf nicht dazu dienen, immer mehr durch den Motor überflüssig gemachte Arbeiter aufs Pflaster zu werfen und ihrem Schicksal zu überlassen, sondern muß sich dahin auswirken, die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern.

In Amerika wird die Idee der Fünftagewoche bereits von Ford und anderen propagiert und zum Teil schon in die Tat umgesetzt. Daß die Unternehmerrückstände dabei auch nicht zu kurz kommen würden, weist Emil Ludwig in einer Aufsatzreihe über das Fordsystem in folgenden Worten nach:

„Dagegen ist sicher, daß Fords Idee, ihn nach so anstrengender Arbeit zwei ganze Ruhetage zu geben, eine Revolution bedeutet, viel größer und wichtiger, als daß die Mehrzahl seiner Arbeiter sein eigenes Auto hat. Hier sieht man deutlich, wie sein Geschäftssinn kein soziales Gewissen nicht freuzt, sondern stützt; denn der neue Gedanke kam ihm aus der Beobachtung heraus, daß der halbe Samstag doch keine rechte Arbeitslust erzeugt, daß der Mann um elf Uhr sein Weet-ent vorbereitend beginnt und daß es daher klüger wäre, den Samstag ganz zu streichen. Fords Verlust war klein, der Gewinn für seine Arbeiter unbeschreiblich. Nichts kann sein Leben heller machen, als die Möglichkeit, Samstag früh mit Wagen und Zeit mit der Familie in Camp hinauszufahren!“

Jeder Angestellte in Europa hört mit Reid und mit Unglaublichkeit die Geschichte, denn sein ganzes Leben würde anders aussehen, wenn er zwei Tage von sieben frei wäre und doch keinen Lohn verlieren würde. Diese Tatsache, welche die biblische Grundlage des siebenten Tages verändert, scheint nur das allerwichtigste von allem zu sein, was Henry Ford geschaffen hat.“

Die Fünftagewoche soll und muß in der sozialen Befreiung der Anfang sein. Es wird noch einige Zeit dauern, ehe die europäischen Arbeiter die Fünftagewoche erhalten können. Jedoch bei der hochentwickelten Technik, die bereits das „laufende Band“ aus Amerika übernommen hat, kann diese Frage bald sehr aktuell werden. Es ist durchaus die Möglichkeit vorhanden, daß wir in zehn Jahren schon soweit sind, mit einer Arbeitswoche von 40 Stunden pro Woche vollständig auskommen zu können.

Es ist daher Aufgabe der Gewerkschaften, in allererster Zukunft den Gedanken der Verkürzung der Arbeitszeit, bzw. der Fünftagewoche zu propagieren. Sie müssen immer wieder in die Welt hinausdrücken, daß der technischen Umgestaltung die Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Fuße folgen soll und folgen muß. Es liegt in der Hand der Arbeitnehmer selbst, durch entspre:nde Unterstützung ihrer Gewerkschaften diese Frage einer baldigen günstigen Lösung entgegenzuführen.

Ing. G. Schneider.

lern und zwar immer nur in den oberen Nestpartien, wo sich eine ganze Anzahl von Arbeitern aufhalten und offenbar auf die Benachrichtigung durch eine erfolgreiche Zeifameise warten, um sofort an die Arbeit zu gehen.

Erkennlich ist der Erfolg eines solchen Alarms. Man kann oftmals die Ameisen in dunklen Scharen geradezu aus der Nestöffnung herausquellen sehen. Von der Finderin geleitet, sind sie bald alle bei der Beute und suchen sie zu bewältigen. Wenn der Nahrungsfund so groß ist, daß er auch von vielen Hilfskräften nicht fortbewegt werden kann, so bildet sich allmählich, wahrscheinlich durch die zunehmende Konzentration der Geruchsfahrten, eine Ameisenstraße zwischen Nest und Fundplatz.

Interessant ist auch folgendes Verhalten. Trifft eine Ameise, die einen Fund gemacht hat, mit einer anderen Ameise unterwegs zufällig zusammen, so benachrichtigt sie diese sofort durch Fühlerschläge von der wertvollen Entdeckung und veranlaßt sie, ihr zu folgen. Falls die Beute so beschaffen ist, daß sie von der Finderin allein in wiederholten Zügen ins Nest getragen werden kann, so benachrichtigt sie keine anderen Kameraden, sondern kehrt so lange immer wieder zurück, bis sie das gefundene Objekt weggeschafft hat.

In der Regel werden die Futterstücke gleich am nächsten Eingange an eine Ameise abgegeben, und diese trägt sie dann ins Nestinnere. Unermüdlich ist der Fleiß und die Geduld der Finderameise.

Sobald sie nicht den Eindruck gewinnt, daß die Beute für sie allein zu groß ist, kehrt sie immer wieder zurück und holt ein neues Stückchen. Sie kehrt sogar noch dann zum Futterplatz zurück, wenn sie schon das letzte Stückchen fortgetragen hat, denn sie kann nicht beurteilen, ob der Platz auch wirklich leer ist und sucht den Fundort so lange ab, bis sie sich endgültig davon überzeugt hat, daß nichts mehr zu holen ist. In dieser gewissenhaften Sorgfalt läßt sie sich nicht stören, selbst wenn ihr auf dem Wege von der Nahrungsquelle zum Nest ein anderes Futter hingelegt wird.

Wenn man der Ameise auf dem Rückwege vom Nest zum Futterplatz ihre besondere Lieblingsbeute, einen Tropfen Honig, darbot, so betastete sie den Honig, leckte auch ein wenig daran, wurde aber immer wieder unruhig, verließ mehrmals unschlüssig die verlockende Versuchung und kehrte „pflichtbewußt“ geradewegs zum Fundplatz zurück. Sobald sie aber das letzte Stückchen der Beute eingebracht hatte, ging sie zum Honig und veranloßte sich eine ausgiebige Zärtigung.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Zehnjähriges Bestandesfest des Reichsverbandes der Bergbau- und Hüttenangestellten.

In Pflingsten treten die Delegierten der Bergbau- und Hüttenangestellten in der Badesstadt Teplitz-Schönan zu ihrer vierten, ordentlichen Hauptversammlung zusammen, um über die verstrichene, vierjährige Funktionsperiode der verbandlichen Amtswalter Rückschau und Rechenschaft zu halten. Die diesjährige Tagung erhält insofern festliches Gepräge, als mit ihr die Feier des zehnjährigen Bestehens des Reichsverbandes der Bergbau- und Hüttenangestellten verbunden ist. Diese Gedenkfeier wird über den verbandlichen Rahmen hinaus allgemeine Interesse erwecken, weil die Gründung des Verbandes in jene Tage des politischen Umsturzes fällt, da der tschechoslowakische Bergbau schweren Erschütterungen ausgesetzt war. In dieser für den Bergbau gefährlichen Zeitlage erfolgte in den Revierbergamtsbezirken Teplitz, Brüx, Komotau, Karlsbad, Falkenau, Schafar, Mies, Krumau, Mährisch-Osterau und Kladsno der organisatorische Zusammenfluß der Bergbauangestellten, vom Feder wie von der Feder, denen sich auch große Teile der Hüttenangestellten anschlossen. Angesichts des vollständigen Versagens der Bergbehörden ist es nur dem geschlossenen und tatkräftigen Auftreten der Organisation zuzuschreiben, wenn bald darauf geregelt Arbeitsverhältnisse im Bergbau platzgriffen und zahlreichen deutschen Bergbauangestellten ihre Existenz erhalten bleiben konnte. Nicht minder schwere Aufgaben erwachsen dem neuen Verbande durch die katastrophale Absahrtse, die im Jahre 1923 über den Bergbau hereinbrach und unter den Bergbauangestellten ihre Opfer forderte. Die Bemühungen des Verbandes, die Krisenfolgen zu mildern und durch ein gut ausgebautes Unterstützungswesen Sorge und Not aus den Reihen der betroffenen Mitglieder zu bannen, waren von Erfolg gekrönt. Auch an den sozialpolitischen Reformen der Nachkriegszeit hat der Verband hervorragend mitgewirkt und für die Bergbauangestellten grundlegende Rechte errungen. Von besonderer Wichtigkeit ist die Beteiligung am Reingewinne, wodurch der Weg zur Schaffung segensreicher Wohlfahrtsanstalten für die Bergbauangestellten und deren Familienangehörige erschlossen werden konnte. Durch die mannigfaltige, erfolgreiche Tätigkeit hat sich der Reichsverband als ein festes und starkes Bollwerk der Bergbau- und Hüttenangestellten erwiesen. Kampf und Arbeit waren die Elemente seines Verfallsenen zehnjährigen Bestehens und Wirkens, unter der gleichen Lösung soll der Einzug in die neue Zeit seines Werdeganges erfolgen.

Die Nationalisierung im Bergbau.

Eigenartige Praktiken der Unternehmer.

Auf eine eigenartige Methode der Nationalisierung im Bergbau macht in seiner letzten Folge der „Blüauf“ aufmerksam. Diese Methode besteht darin, daß die Grubenbesitzer ihre Arbeiter ständig auswechseln. So wurden im Brüxer Revier seit dem Jahre 1920 insgesamt 21.472 Nichtbergarbeiter neu aufgenommen, demnach zu einem Drittel der Gesamtbelegschaft ausgetauscht wurden. Die Grubenbesitzer betreiben diesen Wechsel ganz systematisch. Der neu aufgenommene Nichtbergarbeiter kennt die Gefahren des Bergbaues nicht, ist demnach unbedarft das Ausbeutungsobjekt des Kapitals. Er ist williger und billiger und eine Aktivpost bei den „sozialen Lasten“, da er dazu ausgefacht wurde. Der Nichtbergarbeiter ist vor allem unerfahren, fügt sich leichter in das Anreizsystem, und er ist — was dem Unternehmer als Hauptfache gilt — unorganisiert. Kurz gefasst, er ist kein Hindernis in der kapitalistischen Nationalisierung des Lohnabbaues. Da die freie Organisation der Bergarbeiter und mit ihr der Lohnvertrag nicht so ohne weiteres beseitigt werden können, daher diese neuerfindene Nationalisierung der Arbeitnehmenden. Der Clan und die Schlagkraft der freien Gewerkschaft der Bergarbeiter soll damit geschwächt und die Organisation selbst ausgehöhlt werden, weil ihre Machtlosigkeit auf anderem Wege nicht versucht werden kann.

Wir wollen angehts des Beispieles aus dem Brüxer Revier die Bruderladestatistik zur Hand nehmen, um diesen Arbeiterwechsel in seiner Gesamtheit hervorzuheben: In den Jahren 1923 bis einschließlich 1927 hat die Zentralbruderlade auch einen Mitgliederzuwachs von 109.940 neu aufgenommenen Mitgliedern. Darunter 43.443 neue, im Bergbau fremde Arbeiter. Die Höchstzahl davon, das sind 17.696, entfallen auf die Revierbruderlade in Brüx in diesen fünf Jahren. Solche neuangeworbenen Nichtbergarbeiter sind im Mähr.-Osterauer Revier 12.252, in der Slowakei 4874, in Falkenau 2425, in Bilsen 2986, in Kladsno 2181, in Rostitz 817 und in Trautenau 613 in diesen fünf Jahren. Zur Ergänzung dieser Zifferdarstellung wollen wir noch erwähnen, daß trotz der Neuaufnahmen tausende Bergarbeiter im Bergwerk keine Arbeit finden können. Sie können nicht statistisch erfasst werden, aber die Zentralbruderlade gibt im Dezemberausweis (1928) 4175 Bergarbeiter an, die ihre Anwartschaftsgebühren bezahlen, in der Hoffnung, wieder einmal zu ihrer Berufsarbeit zurückkehren zu können. Die anderen ungezählten Tausende von Bergarbeitern hat der nimmer-satte Masoch aus ihrer Berufsarbeit hinausgeworfen, sie ihrer Versicherungsrechte beraubt und sie der Not und dem Elend überlassen, da sie im Heimatland nicht ständige Arbeit finden können, weil sie ja doch keinen neuen Beruf mehr erlernen und finden und auf ihren früheren Lebensstandard nicht zurückkommen können.

Devienturie.

Prager Kurse am 16. Mai.

	Preis	Wert
100 Schilling	1356.87	1360.80
100 Zliner	59.30	59.55
100 Reichsmark	801.65	804.15
100 Krone	468.65	469.85
100 Bergbau	587.87	587.47
100 Schmelz	649.96	651.96
100 Eisen	163.67	164.27
100 Zement	178.56	177.96
100 Zement	83.75	83.85
100 französische	13.88	137.28
100 polnische	377.85	379.85
100 Schilling	474.10	475.60

Kleine Chronik.

Klassendünkel vor 100 Jahren. Der berühmte Germanist Jakob Grimm erzählt in seinen Erinnerungen einige charakteristische Vorkommnisse aus seiner Schul- und Universitätszeit. Er kam vom Lande — Sohn einer unbemittelten Witwe — im Jahre 1798 auf das Gymnasium in Cassel und erlangte dort drei Jahre später die Reife für die Universität. Fast immer war er der beste Schüler. Dennoch redete ihn, den armen Jungen vom Lande, der eine der Lehrer, ein „Collaborator“ Casar, immer mit „er“ an, während er die feinen Stadtkinder „Sie“ stülerte. Von seinem Aufstiege auf der Universität erzählt Jakob Grimm: „Es war uns nie gelungen, die geringste Unterstützung zu erlangen, obgleich die Mutter Witwe eines Anismannes war und fünf Söhne für den Staat großzog; die letzten Stipendien wurden daneben an meinen Schulkameraden von der Karlsburg ausgeteilt, der zu dem vornehmen hessischen Adel gehörte und einmal der reichste Gutbesitzer des Landes werden sollte.“ — Grimm war später Professor in Göttingen. Im Jahre 1837 wurde er aus seinem Amte entlassen, weil er mit seinem Bruder Wilhelm den gemeinsamen Protest von sieben Professoren gegen die willkürliche und rechtswidrige Aufhebung des Staatsgrundgesetzes durch den König Ernst August von Hannover unterschrieben hatte.

Auf dem Moskischen Meere in der Nähe der Kerzstraße wurden Eisberge beobachtet, deren Entstehen von Fachleuten darauf zurückgeführt wird, daß das Meer an den Sandbänken infolge des letzten strengen Winter bis auf den Grund gefroren war. Nunmehr hoben sich die Eisblöcke vom Meeresgrunde losgelöst und treiben auf der Oberfläche. Durch die treibenden großen Eismassen wurden die hier verkehrenden Dampfer gezwungen, ihren Kurs zu ändern.

